



Torsten Ilg

FREIE WÄHLER Köln

Mitglied der Bezirksvertretung Rodenkirchen

c/o Bezirksrathaus, Hauptstr. 85, 50966 Köln

Tel. 0172 / 60 76 376 Torsten.Ilg@stadt-koeln.de

09. Mai 2018

## Pressemitteilung

### Köln / Raderthal: Zukünftige Nutzung von Immobilien weiter unklar.

*Vorschläge und Befürchtungen von Flüchtlingsinitiativen ernst nehmen.*

„Die Volksparkinitiative ist meiner Anregung gefolgt, gemeinsam mit der Diakonie eine Liste von besonders bedürftigen Flüchtlingen, vornehmlich Frauen mit Kindern zusammenzustellen, die bei der Belegung der Häuser Pingsdorfer Straße 9 und Eckdorfer Straße 10 Berücksichtigung finden sollte. Auch das Wohnungsamt wurde inzwischen informiert. Ich unterstütze diesen Vorstoß ausdrücklich.“

So Bezirksvertreter Torsten Ilg (Freie Wähler) in einer heutigen Pressemitteilung. Ilg kritisiert allerdings den Kauf der beiden Immobilien durch die Stadt Köln:

„Der Bund hätte die Häuser zur Unterbringung von Flüchtlingen kostenlos zur Verfügung gestellt. Der Ankauf durch die Stadt Köln war also unnötig. Wenn es allerdings so ist, wie die Verwaltung sinngemäß einräumt, dass der Bund sich bei der weiteren Unterbringung von Flüchtlingen, quasi aus der Verantwortung stiehlt, wäre dies ein politischer Skandal. Denn der Bund trägt die Verantwortung für jene Gesetzgebung, die den Kommunen die Hauptlast bei der Flüchtlingsunterbringung zuschiebt. Dass die Verwaltung dies so einfach akzeptiert, ist inakzeptabel und beunruhigt viele Bürger in der Englischen Siedlung. Dort möchte man helfen und sich einbringen. Was die Anwohner-Initiativen aber ablehnen sind unklare Verhältnisse, die über eine Nutzung der Immobilie als Bleibe für Flüchtlinge hinaus geht.“

Außerdem kritisiert Ilg die Behauptung der Verwaltung, dass der Denkmalschutz beim Umbau der Häuser nicht zu berücksichtigen sei.

[www.freie-waehler-koeln.de](http://www.freie-waehler-koeln.de)

## **Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus einer früheren Sitzung**

### **öffentlicher Teil**

<b>Gremium</b>	<b>Datum</b>
Bezirksvertretung 2 (Rodenkirchen)	04.06.2018

### **Kauf und Nutzung einiger Immobilien in Raderthal durch die Stadt Köln**

Herr Ilg (Freie Wähler) stellt in der Sitzung der BV 2 vom 23.04.2018 zu TOP 7.2.2 folgende Nachfragen:

1. Warum hat die Stadt Köln die beiden Gebäude (Pingsdorfer-, und Eckdorfer Straße) käuflich erworben, obwohl laut Bundestagsbeschluss vom Nov. 2014, sowie laut Angaben der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), der Bund den Kommunen solche Immobilien mietzinsfrei (kostenlos) überlassen kann, wenn dies der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern dient ?
2. Zu welchem Preis wurden die Häuser erworben?
3. Wer trägt die Kosten für einen denkmalgerechten Umbau-, und die Sanierung der Häuser?

Die Verwaltung antwortet wie folgt:

- Zu 1.: Die mietfreie Überlassung von Bundesimmobilien stellt eine Ausnahme von den allgemeinen Bewirtschaftungsgrundsätzen des Bundes dar und erklärt sich aus der Ausnahmesituation der letzten Jahre. Mit dem Ende der Ausnahmesituation wird der Bund zu den etablierten und bewährten Grundsätzen zurückkehren, d.h. Immobilien nur gegen ein marktgerechtes Entgelt überlassen. Dies war absehbar, weshalb im Interesse einer nachhaltigen und langfristigen Lösung ein Ankauf als die wirtschaftlichere Variante identifiziert wurde.
- Zu 2.: Die Häuser wurden zum durch die Abteilung für Grundstückswertermittlung überprüften Verkehrswert übernommen. Die genauen Beträge sind in der nicht-öffentlichen Beschlussvorlage für den Liegenschaftsausschuss und den Rat (2824/2017) aufgeführt.
- Zu 3.: Ein denkmalgerechter Umbau bzw. eine Sanierung der Häuser ist nicht erforderlich. Die Gebäude müssen lediglich innen renoviert werden. Die Kosten der Herrichtung sowie der Unterhaltung trägt die Stadt Köln als neuer Eigentümer.

## **Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung öffentlicher Teil**

<b>Gremium</b>	<b>Datum</b>
Bezirksvertretung 2 (Rodenkirchen)	23.04.2018

### **Kauf und Nutzung einiger Immobilien in Raderthal durch die Stadt Köln**

Bezirksvertreter Herr Thorsten Ilg von der Partei Freie Wähler hat folgende Fragen an die Verwaltung gestellt:

1. Welche konkreten Pläne hat die Stadt Köln für die Objekte Pingsdorfer Str. 10 und Eckdorfer Str. 9?  
Ab wann sind die Objekte voraussichtlich bezugsfertig?
2. Wäre es denkbar, dass dem Verein „Volksparkinitiative/ Engl. Siedlung“ die Möglichkeit eingeräumt wird, bezüglich der Belegung Wünsche zu äußern und Anregungen zu geben? Wenn ja, an wen kann der Verein sich wenden?
3. Was passiert mit dem Objekt Hitzeler Straße 125? Sind die Pläne zur Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft inzwischen obsolet?  
Wann wird mit einer denkmalgerechten Sanierung des Gebäudes begonnen?

Die Verwaltung antwortet wie folgt:

1. Die genannten Objekte wurden von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) seitens der Stadt Köln für die Unterbringung von geflüchteten Menschen angekauft. Zur Bezugsfertigkeit kann aktuell keine Auskunft gegeben werden, da die Objekte seitens der BIMA noch nicht an die Stadt übergeben wurden. Nach der Übergabe, welche in Kürze erfolgen wird, werden die verschiedenen Gewerke zur Ertüchtigung der Objekte vergeben. Dazu gehört unter anderem die Brandschutzertüchtigung. Erst nach einer konkreten Bestandsaufnahme des Aufwandes durch die Fachfirmen kann ein Bezugsdatum prognostiziert werden.
2. Grundsätzlich obliegen der Stadt das Belegungsrecht und die Belegungssteuerung. Der Soziale Dienst berücksichtigt hierbei eine sozialverträgliche Belegung sowie die individuellen Gegebenheiten. Bei der Belegung werden primär persönliche Bedarfe der Geflüchteten berücksichtigt.  
Selbstverständlich ist die Verwaltung gegenüber interessierten Bürger\*innen offen und gesprächsbereit.  
Daher kann sich der Verein gerne per Mail an das Amt für Wohnungswesen unter [wohnungswesen@stadt-koeln.de](mailto:wohnungswesen@stadt-koeln.de) wenden.
3. Das Objekt Hitzeler Str. 125 wird nicht mehr durch das Amt für Wohnungswesen genutzt. Eine Sanierung des Gebäudes und eine damit verbundene weitere Nutzung als Unterkunft für geflüchtete Menschen ist unwirtschaftlich und wird daher nicht weiter verfolgt. Die weitere Nutzungsperspektive wird verwaltungsintern geprüft.



**Immobilie**  
**Eckdorfer Straße 10**



**Immobilie**  
**Pingsdorfer Straße 9**

**Immobilie**  
**Hitzeler Straße 125 - Ehemaliges WERAG Gebäude (WDR)**



## **Pressemitteilung (vom 22.04.2018)**

### **Köln / Raderthal: Ankauf von Immobilien für Flüchtlinge wirft Fragen auf.**

„Es ist zwar einerseits begrüßenswert, dass das historische ehemalige „WERAG“ Gebäude nicht mehr als Flüchtlingsunterkunft dienen soll, und somit eine Sanierung und Nutzung der Immobilie im Sinne des Denkmalschutzes möglich sein dürfte. Allerdings hat die vorgeschlagene Alternativlösung einen Nachgeschmack“.

Bezirksvertreter Torsten Ilg (Freie Wähler) sieht trotz Beantwortung seiner Anfrage zum Ankauf zweier Immobilien in Raderthal, noch einige Fragen offen:

„Die stattdessen geplante Unterbringung von Flüchtlingen in zwei benachbarten Gebäuden auf echten Villengrundstücken möchte ich zur Stunde nicht kritisieren, zumal die Häuser oberflächlich betrachtet sanierungsbedürftig sind. Was ich allerdings völlig inakzeptabel finde ist die Vorgehensweise selbst. Warum kauft die Stadt diese Wohnhäuser (Eckdorfer Str. 9 und Pingsdorfer Str. 10) dem Bund eigentlich ab, obwohl die zuständige Behörde (BImA) seit 2015 ihre Immobilien den Kommunen mietzinsfrei - also quasi kostenlos - überlassen kann, wenn dies der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern dient? Grundlage hierfür ist ein Beschluss des Bundestags vom November 2014. Das riecht doch förmlich nach unsachgemäßem Umgang mit Geldern der Stadt. Welcher Preis wurde für den Erwerb der ehemals noblen Häuser gezahlt und warum? Wer trägt die Kosten für den denkmalgerechten Umbau und die Sanierung der Häuser?“

Ilg ergänzt:

„Angesichts der unlängst bekannt gewordenen Affäre um das Hotel der Kölner CDU-Politikerin Andrea Horitzky, ist es auch bei anderen Flüchtlingsprojekten wichtig genauer hinzusehen, und die jeweiligen Entscheidungsgründe der Verwaltung kritisch zu hinterfragen“.